



315 Bericht von Markus M. Grabka und Jan Goebel

Realeinkommen steigen, Quote der Niedrigeinkommen sinkt in einzelnen Altersgruppen

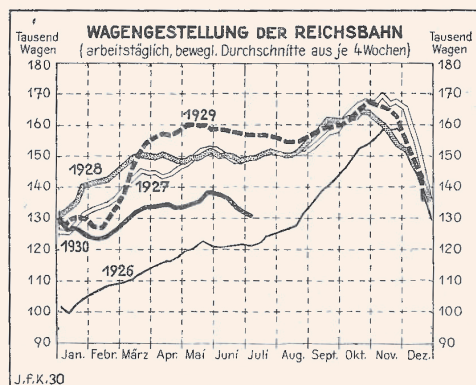
- Haushaltseinkommen steigen seit 2000 real um zwölf Prozent
- Ungleichheit der Haushaltseinkommen stagniert seit mehr als zehn Jahren
- Niedrigeinkommensquote ist in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund stabil

324 Interview mit Markus M. Grabka

328 Kommentar von Mathias Huebener

**Corona-Krise:
Bildung und Familie jetzt ins
Zentrum politischen Handelns!**

Die Transportumsätze.



© DIW Berlin 1930

Die Transportleistung von Reichsbahn und Binnenschifffahrt war im 1. Halbjahr 1930 um schätzungsweise 5–6 vH. niedriger als in der gleichen Zeit des Vorjahrs.

Die Wagengestellung der Reichsbahn hält sich seit Anfang 1930 unter Vorjahrsstrke; im Durchschnitt des ersten Halbjahrs beträgt der Rückgang rd. 11 vH. Nun ist freilich nicht die ganze Abnahme konjunkturell bedingt. Die Binnenschifffahrt konnte – dank günstiger Witterung – einen groeren Teil der Gütertransporte übernehmen als im Vorjahr. (Der Gterabgang in 21 Binnenhäfen war im ersten Halbjahr 1930 um etwa 8 vH. groer als im 1. Halbjahr 1929.) Zudem mag auch der Kraftwagenverkehr der Reichsbahn Gütertransporte entzogen haben.

Nimmt man an, daß die Reichsbahn etwa drei Viertel, die Binnenschifffahrt rd. ein Viertel der Gütertransporte bewältigt, dann ergibt sich für Reichsbahn und Binnenschifffahrt zusammen ein Transportrckgang im ersten Halbjahr um rd. 5–6 vH. gegenüber dem Vorjahr. Bei dieser Berechnung ist freilich der Kraftwagenverkehr, über den vorläufig keine genauen Angaben vorliegen, nicht berücksichtigt.

Aus dem Wochenbericht Nr.18 vom 30. Juli 1930.

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89–0 Fax: –200

87. Jahrgang 29. April 2020

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake; Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Dr. Claus Michelsen; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Jürgen Schupp; Prof. Dr. C. Katharina Spieß; Dr. Katharina Wrohlich

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann; Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Dr. Hermann Buslei

Redaktion

Dr. Franziska Bremus; Rebecca Buhner; Claudia Cohnen-Beck; Dr. Anna Hammerschmid; Petra Jasper; Sebastian Kollmann; Bastian Tittor; Sandra Tubik; Dr. Alexander Zerrahn

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter unter www.diw.de/newsletter

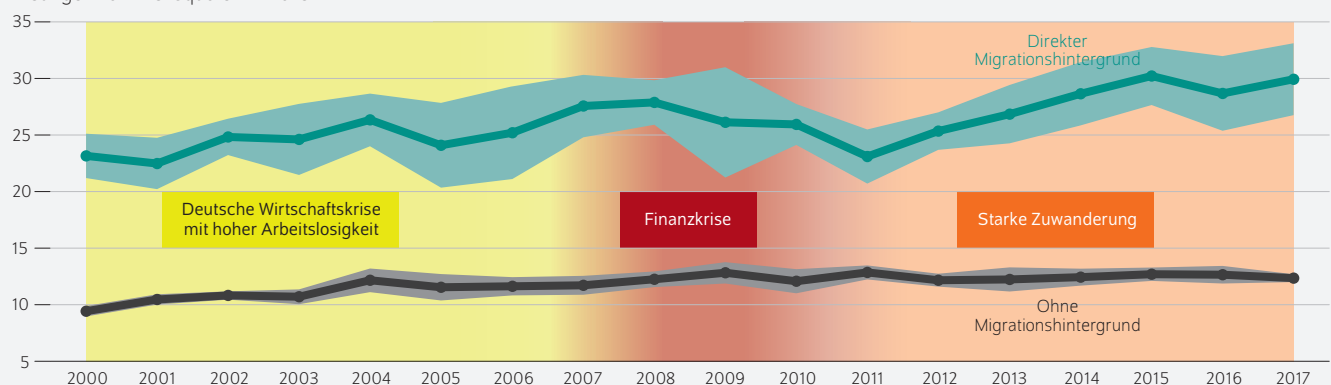
Realeinkommen steigen, Quote der Niedrigeinkommen sinkt in einzelnen Altersgruppen

Von Markus M. Grabka und Jan Goebel

- Haushaltseinkommen steigen seit 2000 real um zwölf Prozent, seit 2015 profitiert auch unterstes Einkommensdezil
- Ungleichheit der Haushaltseinkommen stagniert seit mehr als zehn Jahren
- Niedrigeinkommensquote ist in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund stabil und sinkt in einzelnen Altersgruppen sogar
- Quote steigt bei Personen mit direktem Migrationshintergrund auf bis zu 30 Prozent; bessere Arbeitsmarktintegration erforderlich
- Negative Effekte auf Einkommen durch Corona-Krise könnten durch Kurzarbeitergeld und wirtschaftspolitische Unterstützungsleistungen abgemildert werden

Seit mehr als zehn Jahren ist die Niedrigeinkommensquote bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund unverändert, steigt aber in der Bevölkerung mit direktem Migrationshintergrund

Niedrigeinkommensquote¹ in Prozent



¹ Personen mit weniger als 60 Prozent des Medians der verfügbaren Einkommen.
Anmerkungen: Nur Personen in Privathaushalten, Bedarfsgewichtete Jahreseinkommen im Folgejahr erhoben, bedarfsgewichtet mit der modifizierten OECD-Äquivalenzskala.

Quellen: SOEPv35; eigene Berechnungen.

© 2020 DIW Berlin

ZITAT

„Seit 2013 haben die Einkommen in Deutschland in der Breite zugelegt. Erfreulich ist, dass bei Haushalten mit Kindern und Jugendlichen die Niedrigeinkommensquote sinkt – zumindest in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund.“

— Markus M. Grabka —

MEDIATHEK



Audio-Interview mit Markus M. Grabka
www.diw.de/mediathek

Realeinkommen steigen, Quote der Niedrigeinkommen sinkt in einzelnen Altersgruppen

Von Markus M. Grabka und Jan Goebel

ABSTRACT

Die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland ist seit dem Jahr 2000 unter anderem durch eine verstärkte Zuwanderung um mehr als fünf Millionen gewachsen. Diese positive Entwicklung schlägt sich auch in den Einkommen der privaten Haushalte nieder, die im selben Zeitraum um real gut zwölf Prozent im Schnitt stiegen. Davon profitieren seit 2013 nun fast alle Einkommenssegmente, seit 2015 auch das unterste Einkommensdezil. Die Ungleichheit der verfügbaren Einkommen und die Niedrigeinkommensquote stagnieren. Die Trends unterscheiden sich aber in Abhängigkeit vom Migrationshintergrund: In der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund ist die Niedrigeinkommensquote seit 2008 auch in den Jahren der gestiegenen Zuwanderung faktisch unverändert beziehungsweise in verschiedenen Altersgruppen sogar rückläufig. Bei Personen mit direktem Migrationshintergrund ist die Quote im Zuge der jüngsten Migrationswellen aber auf zuletzt rund 30 Prozent deutlich gestiegen, obwohl sich erste Erfolge der Integration der Geflüchteten in den Arbeitsmarkt zeigen. Hier bedarf es also weiterhin Anstrengungen, Zugewanderte bei der Integration in den Arbeitsmarkt zu unterstützen.

Seit 2000 hatte Deutschland drei große Herausforderungen zu meistern. Dies sind bis 2005 steigende und hohe Zahlen von Arbeitslosen, ab 2008/2009 die Finanz- und Wirtschaftskrise und ab 2010 eine deutlich gestiegene Zahl zu integrierender ZuwanderInnen. Während zwischen 2000 und 2005 die Einkommensungleichheit deutlich stieg und auf dem erhöhten Niveau verblieb, hat Deutschland die letzten beiden Herausforderungen ausgesprochen gut bewältigt. Es kam zu keiner weiteren Steigerung der Ungleichheit. Nun kommt eine vierte große Herausforderung hinzu: In Zeiten, in denen die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Corona-Pandemie noch nicht annähernd absehbar sind, kann ein Vergleich mit den Auswirkungen anderer Krisen, insbesondere der Finanzmarktkrise, hilfreich sein. Diese ging mit einem Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts von mehr als fünf Prozent und damit dem stärksten wirtschaftlichen Einbruch seit dem Zweiten Weltkrieg einher.¹ Von einem Einbruch in dieser Größenordnung geht zurzeit der Sachverständigenrat auch in der jetzigen Krise aus.² Ob der Rückgang größer ausfällt, hängt wesentlich von der Dauer der notwendigen Einschränkungen im öffentlichen Leben ab.

Die vorliegende Studie aktualisiert bisherige Untersuchungen des DIW Berlin zur personellen Einkommensverteilung und zum Niedrigeinkommen in Deutschland von 2000 bis einschließlich 2017. Sie fokussiert auf den Zeitraum ab der Jahrtausendwende, da ab diesem Zeitpunkt der deutlichste Anstieg der Einkommensungleichheit seit der Wiedervereinigung zu beobachten ist.³ Die vorliegende Studie basiert auf den derzeit aktuellsten verfügbaren Einkommensinformationen, die vom am DIW Berlin angesiedelten

¹ Markus M. Grabka (2015): Income and Wealth inequality after the financial crisis-the case of Germany. *Empirica. Journal of European Economics*, 42 (2), 371–390. Doi: 10.1007/s10663-015-9280-8.

² Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2020): Die Gesamtwirtschaftliche Lage angesichts der Corona-Pandemie. Sondergutachten (online verfügbar, abgerufen am 1. April 2020).

³ Für eine Beschreibung der langfristigen Einkommensungleichheit seit 1991 vgl. Markus M. Grabka, Jan Göbel und Stefan Liebig (2019): Wiederanstieg der Einkommensungleichheit – aber auch deutlich steigende Realeinkommen. DIW Wochenbericht Nr. 19, 343–353 (online verfügbar, abgerufen am 27. März 2020). Dies gilt auch für alle anderen Onlinequellen in diesem Bericht, sofern nicht anders vermerkt.

Sozio-oekonomischen Panel (SOEP)⁴ in Zusammenarbeit mit Kantar erhoben werden (Kasten).⁵ Die Informationen auf der Mikroebene werden zunächst ergänzt um Angaben des Statistischen Bundesamtes auf der Makroebene zur Zahl der Erwerbstätigen und des privaten Konsums.

Erwerbstätigenzahl und privater Konsum seit 2010 stark gestiegen

Das Erwerbseinkommen stellt in der deutschen Bevölkerung weiterhin die quantitativ wichtigste Quelle zur Finanzierung des Lebensunterhalts dar. Die Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen lässt sich seit dem Jahr 2000 in zwei Phasen gliedern (Abbildung 1). Zwischen 2000 und 2005 ist die Zahl der Erwerbstätigen im Rahmen der damals steigenden Arbeitslosigkeit zunächst leicht rückläufig. Ab dem Jahr 2006 setzt in Deutschland eine Phase eines nahezu kontinuierlichen Beschäftigungsaufbaus ein, der selbst von der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 nicht wesentlich unterbrochen wird. Im Jahr 2019 liegt damit die Zahl der Erwerbstätigen um 13 Prozent höher als im Jahr 2000. Dies entspricht einer zusätzlichen Zahl von Erwerbstätigen laut amtlicher Statistik von mehr als 5,2 Millionen.⁶ Betrachtet man nur die Kernerwerbstätigen⁷, so beläuft sich dieser Zuwachs immer noch auf 3,7 Millionen Erwerbstätige, wobei sich dieser Beschäftigungsaufbau aus etwa 2,3 Millionen zusätzlichen Normalarbeitnehmerinnen und -arbeitnehmern sowie 1,5 Millionen atypischen Beschäftigten⁸ und einem Rückgang der mithelfenden Familienangehörigen um 165 000 zusammensetzt. Dies bedeutet, dass im Vergleich zum Jahr 2000 deutlich mehr Personen zumindest einen Teil ihres Lebensunterhalts aus Erwerbstätigkeit finanzieren können.

Die verbesserte Lage auf dem Arbeitsmarkt spiegelt sich auch im aggregierten realen privaten Konsum der Haushalte. Dieser hat sich laut amtlicher Statistik ebenfalls positiv entwickelt. Während der private Konsum bis 2009 stagniert, hat er seitdem parallel zur Beschäftigung stark zugelegt und ist im Jahr 2019 mehr als 14 Prozent höher als noch im Jahr 2000.⁹

⁴ Das SOEP ist eine repräsentative jährliche Wiederholungsbefragung privater Haushalte, die seit 1984 in Westdeutschland und seit 1990 auch in Ostdeutschland durchgeführt wird; vgl. Jan Goebel et al. (2018): The German Socio-Economic Panel (SOEP). *Journal of Economics and Statistics*, 239(29), 345–360 (online verfügbar).

⁵ Gemäß den Konventionen des Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung (Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2013: Lebenslagen in Deutschland) und den Gutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (z. B. das Jahresgutachten 2016/2017: Zeit für Reformen) wird in diesem Bericht jeweils das Einkommensjahr ausgewiesen. Die Jahreseinkommen werden im SOEP retrospektiv für das vorangegangene Kalenderjahr erhoben, aber mit der Bevölkerungsstruktur des Erhebungszeitpunkts gewichtet. Die hier präsentierten Daten für 2017 sind also in der Befragungswelle 2018 erhoben worden.

⁶ Statistisches Bundesamt (2020): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit (Inländer) Deutschland in 1000. Ergebnisse der Erwerbstätigenrechnung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (online verfügbar).

⁷ Nur Erwerbstätige im Alter von 15 bis 64 Jahren, nicht in Bildung, Ausbildung oder einem Wehr-/Zivil- sowie Freiwilligendienst.

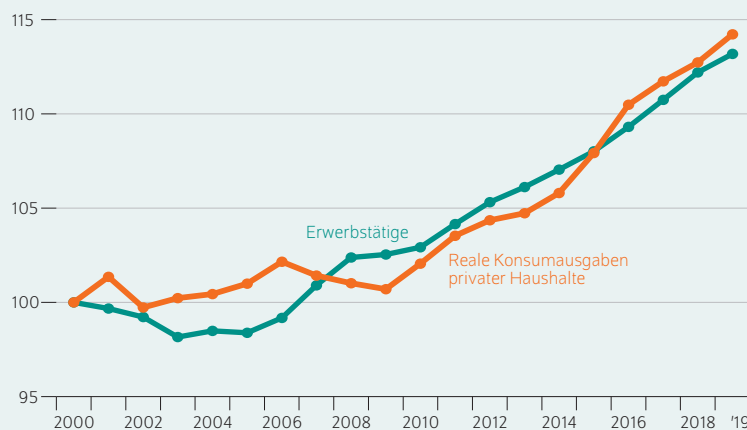
⁸ Unter den atypischen Beschäftigten findet sich rund eine Million Teilzeitbeschäftigte mit einer Arbeitszeit von weniger als 20 Stunden pro Woche.

⁹ Kaufkraftbereinigt lagen die Pro-Kopf-Konsumausgaben der privaten Haushalte in Deutschland um 18,9 Prozent über dem EU-Durchschnitt. Vgl. Statistisches Bundesamt (2020): Pro-Kopf-Konsumausgaben 2018 in Deutschland nominal 30 Prozent höher als im EU-Durchschnitt. Presse-

Abbildung 1

Relative Entwicklung der Erwerbstätigen und des realen Konsums privater Haushalte

In Prozent, normiert: Jahr 2000 = 100



Anmerkungen: in Preisen von 2015. Ergebnisse der Erwerbstätigenrechnung im Rahmen der der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). 2016 bis 2019 vorläufige Ergebnisse.

Quelle: Statistisches Bundesamt

© DIW Berlin 2020

Sowohl die Zahl der Erwerbstätigen als auch der private Konsum haben sich seit etwa 2009 positiv entwickelt.

Die Finanzmarktkrise 2008/2009 hatte sowohl auf die Zahl der Beschäftigten als auch auf den realen privaten Konsum nur geringe Auswirkungen, die sich langfristig zudem kaum in den aggregierten Zahlen bemerkbar machen.

Einkommensentwicklung folgt der positiven Beschäftigungsentwicklung

Diese Entwicklung in zwei Phasen zeigt sich auch bei den Haushaltseinkommen der Privathaushalte laut den Angaben des SOEP. Hierbei werden alle Personen in Privathaushalten herangezogen, unabhängig davon, ob diese ein Markteinkommen bezogen haben oder nicht. Im letzteren Falle gehen diese Personen mit einem Wert von Null in die Berechnungen ein.

So stagnieren die durchschnittlichen bedarfsgewichteten¹⁰ und inflationsbereinigten jährlichen Bruttomarkteinkommen¹¹ der Personen in privaten Haushalten zwischen 2000 und 2009. Ab 2010 ist ein realer Zuwachs von zehn Prozent bis 2017 zu verzeichnen (Abbildung 2). Dieser Zuwachs ist vor allem dem eingangs beschriebenen Beschäftigungsaufbau

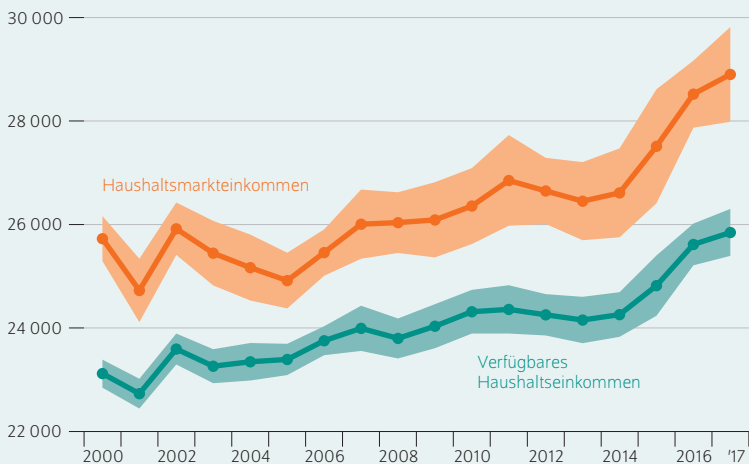
mitteilung Nr. 089 vom 12. März 2020. Die allgemein verbesserte Lage in Deutschland spiegelt sich auch in den sogenannten Headline indicators of current well-being average. Danach ist Deutschland eines der Länder, die bei einem bereits hohen Ausgangsniveau seit 2010 nochmals überdurchschnittliche Verbesserungen aufweisen. Vgl. OECD (2020). *How's Life? 2020: Measuring Well-being*: OECD Publishing, Paris (online verfügbar).

¹⁰ Vgl. auch den Begriff „Äquivalenzeinkommen“ im DIW Glossar (online verfügbar).

¹¹ Die Markteinkommen entsprechen der Summe von Kapital- und Erwerbseinkommen einschließlich privater Transfers und privater Renten vor Abzug von Steuern und monetären Sozialleistungen.

Abbildung 2

Reales Markt- und verfügbares Haushaltseinkommen Mittelwert in Euro



Anmerkungen: Reale Einkommen in Preisen von 2015, nur Personen in Privathaushalten. Bedarfsgewichtete Jahreseinkommen im Folgejahr erhoben, Markteinkommen inklusive einem fiktiven Arbeitgeberanteil für Beamte, bedarfsgewichtet mit der modifizierten OECD-Äquivalenzskala. Schraffierter Bereich gibt ein 95-Prozent-Konfidenzintervall an.

Quelle: SOEPv35; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2020

Die verfügbaren Haushaltseinkommen sind im Durchschnitt seit dem Jahr 2000 um knapp zwölf Prozent gestiegen.

geschuldet, da neben steigenden Reallöhnen¹² auch die Zahl der Erwerbstätigen innerhalb von Privathaushalten zugenommen hat.

Auch die verfügbaren Haushaltseinkommen – also die Summe aller Einkommen nach Steuern auf Einkommen, Sozialabgaben plus Transferleistungen – steigen. Hier sind die Zuwächse gleichmäßiger über die Zeit hinweg verteilt. In der ersten Phase (2000 bis 2009) steigen sie um vier Prozent und in der zweiten Phase (2010 bis 2017) um sechs Prozent. Insgesamt sind die realen verfügbaren Haushaltseinkommen seit dem Jahr 2000 damit um knapp zwölf Prozent in etwa so stark gestiegen wie die Haushaltsmarkteinkommen.

Seit 2015 nehmen die Einkommen aller Einkommensgruppen real wieder zu

Sortiert man die Bevölkerung nach der Höhe der verfügbaren Haushaltseinkommen und teilt diese in zehn Gruppen ein, so erhält man sogenannte Dezile.¹³ Diese werden auf den dezilspezifischen Mittelwert des Jahres 2000 normiert, um eine prozentuale Entwicklung beschreiben zu können (Abbildung 3). Dabei zeigt sich folgendes Muster: Abgesehen vom

obersten Dezil, das stark zulegt, verändern sich in den anderen Dezilen die realen verfügbaren Haushaltseinkommen von 2000 bis 2013 nur leicht. Seitdem steigen die verfügbaren Einkommen wieder real über alle Einkommensgruppen hinweg.¹⁴ Im untersten Dezil setzt dieser Zuwachs nach den aktuellen Berechnungen erst ab dem Jahr 2015 ein¹⁵, dem Jahr der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns, von dem vor allem diese Einkommensgruppe profitiert haben dürfte.¹⁶

Im obersten Dezil sind die Realeinkommen bis 2007 überdurchschnittlich gestiegen, um anschließend etwas schwächer zu wachsen. Ab 2014 setzt auch hier wieder ein stärkerer Anstieg ein. Am aktuellen Rand sind damit im obersten Dezil die Einkommen real rund 22 Prozent höher als noch im Jahr 2000. Die Zuwächse in den darunter liegenden Dezilen summieren sich auf rund 13 Prozent für die Dezile sieben, acht und neun, in der Mitte der Verteilung (fünftens Dezil) auf immerhin knapp zehn Prozent und im dritten Dezil noch bei vier Prozent.

Das unterste Dezil liegt seit dem Jahr 2000 als einziges im Minus mit vier Prozent. Ein Grund für die schwache Entwicklung im ersten Dezil ist neben der Arbeitsmarkt- und Rentenentwicklung in den frühen 2000er Jahren, dass in dieses Dezil viele Neuzugewanderte gerückt sind. Allein im Zeitraum zwischen 2010 und 2017 hat sich die Zahl der ausländischen Bevölkerung um knapp 3,9 Millionen auf 10,6 Millionen vergrößert.¹⁷ Es kann nicht überraschen, dass es – auch aufgrund von Sprachbarrieren und administrativer Hürden (Arbeitserlaubnis; Anerkennung von Zeugnissen) – Zeit braucht, bis die neuen Zuwanderinnen und Zuwanderer auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen; in den ersten Monaten und Jahren nach ihrer Ankunft weisen sie hohe Nichterwerbsquoten auf und erzielen dementsprechend zunächst niedrige Einkommen.

Ungleichheit der Markteinkommen seit 2002 unverändert

Ein Standardmaß zur Messung von Einkommensungleichheit ist der Gini-Koeffizient.¹⁸ Je höher der Wert zwischen

¹⁴ Die insgesamt positive Entwicklung der Realeinkommen über die Bevölkerung hinweg vernachlässigt aber, dass die Wohlfahrtsentwicklung für Mieter- beziehungsweise Eigentümerhaushalte unterschiedlich ausfällt. So sind in der langen Frist die Wohnkosten für Eigentümerhaushalte bedingt durch das sinkende Zinsniveau für Hypothekenkredite entweder gleichgeblieben oder sogar gesunken, während Mieterhaushalte insbesondere in städtischen Regionen nach Berücksichtigung der Wohnkosten nicht zwingend mehr Einkommen für privaten Konsum neben dem Wohnen zur Verfügung haben müssen.

¹⁵ Das Durchschnittseinkommen im ersten Einkommensdezil weicht im Jahr 2016 gegenüber der Studie vom vergangenen Jahr (vgl. Grabka, Goebel und Liebig (2019), a. a. O.) ab, da es neben einer revidierten Gewichtung, in der zusätzliche Informationen zur besseren Berücksichtigung von Zugewanderten herangezogen wurden, auch zu einer veränderten Generierung der Einkommen von Geflüchteten gekommen ist. Dies betraf Haushalte mit Geflüchteten, in denen erstmals erwachsene Personen durch das SOEP befragt wurden. Diese wurden aus der Analyse ausgeschlossen, da bei Erstbefragten keine Informationen zum Vorjahreseinkommen abgefragt werden, was Grundlage der hier vorliegenden Berechnungen ist.

¹⁶ Vgl. Alexandra Fedorets et al. (2020): Lohnungleichheit in Deutschland sinkt. DIW Wochenbericht Nr. 7, 91–97 (online verfügbar).

¹⁷ Statistisches Bundesamt (2020): Ausländische Bevölkerung 2005, 2010 und 2014 bis 2018 nach Bundesländern (online verfügbar).

¹⁸ Vgl. auch den Begriff Gini-Koeffizient im DIW Glossar (online verfügbar).

¹² Der Reallohnindex ist seit 2007 in zehn von zwölf Jahren deutlich gestiegen. In zwei Jahren kam es dagegen nur zu einer Stagnation, vgl. Statistisches Bundesamt 2019: Verdienste und Arbeitskosten.

¹³ Das unterste (oberste) Dezil gibt die Einkommenssituation der ärmsten (reichsten) zehn Prozent der Bevölkerung an. Zu beachten ist, dass die Personen über die Zeit hinweg aufgrund von Einkommensmobilität ihre Einkommensposition verändern können und nicht immer demselben Dezil zuzuordnen sind.

Kasten

Annahmen bei der Einkommensmessung

Den in diesem Bericht vorgelegten Auswertungen auf Basis der Haushalts-Längsschnitterhebung Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) liegen Jahreseinkommen zugrunde. Dafür werden im Befragungsjahr (t) jeweils für das zurückliegende Kalenderjahr ($t-1$) alle Einkommenskomponenten aufsummiert (Markteinkommen aus der Summe von Kapital- und Erwerbseinkommen einschließlich privater Transfers und privater Renten). Zusätzlich werden Einkommen aus gesetzlichen Renten und Pensionen sowie Sozialtransfers (Sozialhilfe, Wohngeld, Kindergeld, Unterstützungen vom Arbeitsamt u. a.) berücksichtigt. Schließlich werden mithilfe einer Simulation¹ der Steuer- und Sozialabgaben die Jahresnettoeinkommen errechnet. Da aufgrund der Komplexität des deutschen Steuerrechts nicht alle steuerlichen Sonderregelungen mit Hilfe dieses Modells simuliert werden können, ist von einer Unterschätzung der im SOEP gemessenen Einkommensungleichheit auszugehen.

Der internationalen Literatur folgend² werden dem Einkommen auch fiktive (Netto-)Einkommensbestandteile aus selbstgenutztem Wohneigentum („Imputed Rent“) zugerechnet. Zusätzlich werden im Folgenden, wie auch von der EU-Kommission für die EU-weite Einkommensverteilungsrechnung auf Basis von EU-SILC vorgeschrieben, auch nicht-monetäre Einkommenseile aus verbilligt überlassenem Mietwohnraum berücksichtigt (sozialer Wohnungsbau, privat oder arbeitgeberseitig verbilligter Wohnraum, Haushalte ohne Mietzahlung).

Die Einkommenssituation von Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung wird – internationalen Standards entsprechend – durch die Umrechnung des gesamten Einkommens eines Haushalts in sogenannte Äquivalenzeinkommen vergleichbar gemacht. Dazu werden die Haushaltseinkommen unter Verwendung einer von der OECD vorgeschlagenen und in Europa allgemein akzeptierten Skala umgerechnet, und jedem Haushaltsmitglied wird das so errechnete Äquivalenzeinkommen zugewiesen, unter der Annahme, dass alle Haushaltsmitglieder in gleicher Weise vom

gemeinsamen Einkommen profitieren. Dabei erhält der Haushaltsvorstand ein Bedarfsgewicht von eins; weitere erwachsene Personen haben jeweils ein Gewicht von 0,5 und Kinder bis zu 14 Jahren ein Gewicht von 0,3.³ Unterstellt wird also eine Kostendegression in größeren Haushalten.

Eine besondere Herausforderung stellt in allen Bevölkerungsumfragen die sachgemäße Berücksichtigung fehlender Angaben einzelner Befragungspersonen wie dem Einkommen dar. In den hier analysierten Daten des SOEP werden fehlende Angaben im Rahmen aufwendiger, quer- und längsschnittbasierter Imputationsverfahren eingefügt.⁴ Dies betrifft auch fehlende Angaben bei vollständiger Verweigerung einzelner Haushaltsmitglieder in ansonsten befragungswilligen Haushalten. In diesen Fällen wird ein mehrstufiges statistisches Verfahren für sechs einzelne Brutto-Einkommenskomponenten (Erwerbseinkommen, Renten sowie Transferleistungen im Falle von Arbeitslosigkeit, Ausbildung/Studium, Mutterschutz/Erziehungsgeld/Elterngeld und private Transfers) angewandt.⁵ Dabei werden mit jeder neuen Datenerhebung immer sämtliche fehlenden Werte auch rückwirkend neu imputiert, da neue Informationen aus Befragungen genutzt werden können, um fehlende Angaben in den Vorjahren einzufügen. Dadurch kann es zu kleineren Veränderungen gegenüber früheren Auswertungen kommen.

Um methodisch begründete Effekte in der Zeitreihe der errechneten Indikatoren zu vermeiden, wurde die jeweils erste Erhebungswelle der einzelnen SOEP-Stichproben aus den Berechnungen ausgeschlossen. Untersuchungen zeigen, dass es in den ersten beiden Befragungswellen vermehrt zu Anpassungen im Befragungsverhalten kommt, die nicht auf die unterschiedliche Teilnahmebereitschaft zurückzuführen sind.⁶

¹ Vgl. Johannes Schwarze (1995): Simulating German income and social security tax payments using the GSOEP. Cross-national studies in aging. Programme project paper no. 19. Syracuse University, USA.

² Siehe hierzu: Joachim R. Frick, Jan Goebel und Markus M. Grabka (2007): Assessing the distributional impact of "imputed rent" and "non-cash employee income" in micro-data. In: European Communities (ed.): Comparative EU statistics on Income and Living Conditions: Issues and Challenges. Proceedings of the EU-SILC conference (Helsinki, 6–8 November 2006), EUROSTAT, 116–142.

³ Vgl. Brigitte Buhmann et al. (1998): Equivalence Scales, Well-being, Inequality and Poverty. Review of Income and Wealth 34, 115–142.

⁴ Joachim R. Frick und Markus M. Grabka (2005): Item Non-response on Income Questions in Panel Surveys: Incidence, Imputation and the Impact on Inequality and Mobility. Allgemeines Statistisches Archiv, 89(1), 49–61.

⁵ Joachim R. Frick, Markus M. Grabka und Olaf Groh-Samberg (2012): Dealing with incomplete household panel data in inequality research. In: Sociological Methods and Research, 41(1), 89–123.

⁶ Joachim R. Frick et al. (2006): Using Analysis of Gini (ANOGL) for Detecting Whether Two Sub-samples Represent the Same Universe. The German Socio-Economic Panel Study (SOEP) Experience. Sociological Methods Research. 34/4. 427–468. DOI: 10.1177/0049124105283109.

0 und 1, desto höher ist die gemessene Ungleichheit. Der Gini-Koeffizient für die Markteinkommen ist zunächst zwischen 2000 und 2002 von 0,44 auf knapp 0,46 gestiegen. Danach schwankt er um einen Wert von 0,46 (Abbildung 4). Dies bedeutet, dass derzeit die Ungleichheit der Markteinkommen mit zwischenzeitlichen leichten Auf und Abs wieder den Wert aus dem Jahr 2002 annimmt.

Bei den verfügbaren Einkommen sind wieder deutlicher zwei Phasen zu unterscheiden. Zwischen 2000 und 2005

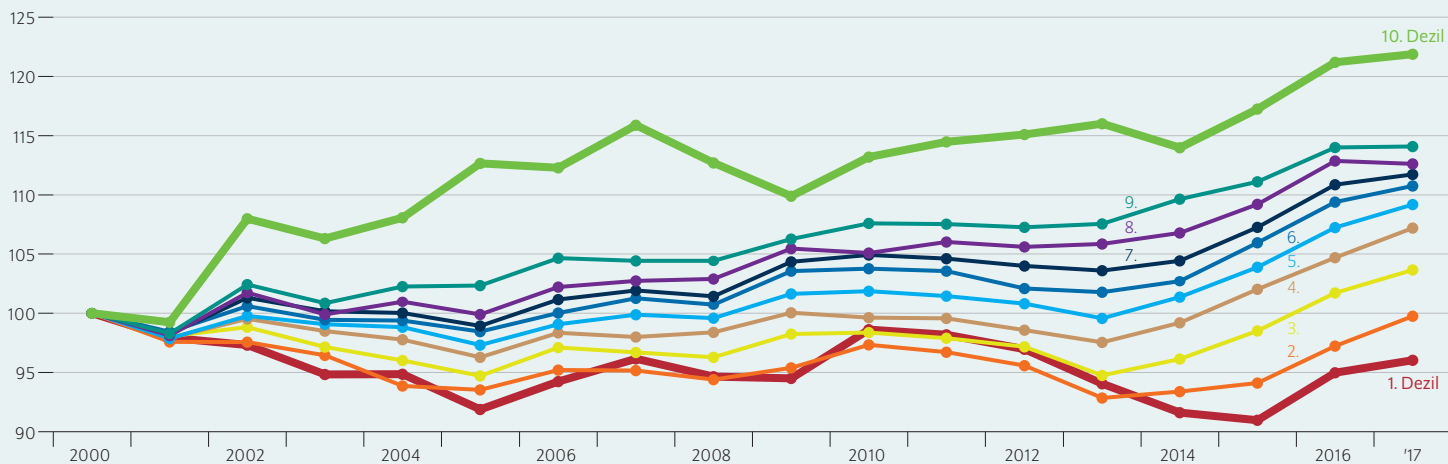
hat die Ungleichheit deutlich zugenommen von 0,255 auf einen Wert von nahe 0,29. Seitdem verharrt die Ungleichheit auf diesem Niveau und nimmt auch im Jahr 2017 einen Wert von 0,29 an. Im internationalen Vergleich nimmt damit Deutschland eine unterdurchschnittliche Position der Einkommensungleichheit ein und liegt auf einem ähnlich niedrigen Niveau wie beispielsweise Schweden.¹⁹

¹⁹ Vgl. OECD Income Distribution Database (online verfügbar).

Abbildung 3

Entwicklung der verfügbaren Haushaltseinkommen nach Dezilen

In Prozent, normiert: Jahr 2000 = 100



Anmerkungen: Reale Einkommen in Preisen von 2015, nur Personen in Privathaushalten. Bedarfsgewichtete Jahreseinkommen im Folgejahr erhoben, bedarfsgewichtet mit der modifizierten OECD-Äquivalenzskala.

Quelle: SOEPv35; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2020

Seit 2013 nehmen mit Ausnahme des ersten Dezils die Einkommen real wieder zu. In der untersten Einkommensgruppe setzt der Anstieg erst 2015 ein.

Anteil der BezieherInnen von Niedrigeinkommen stagniert seit 2015

Der Anteil von Personen, deren Einkommen weniger als 60 Prozent des Medianhaushaltsnettoeinkommens²⁰ beträgt, wird häufig als relative (Einkommens-)Armutsrisikoquote oder wie hier im Folgenden als Niedrigeinkommensquote²¹ bezeichnet.

Auf Basis der SOEP-Stichprobe lag die Niedrigeinkommensschwelle im Jahr 2017 für einen Einpersonenhaushalt bei nominal 1168 Euro netto pro Monat.²² Zu Beginn des Jahrhunderts befinden sich noch elf bis zwölf Prozent der Bevölkerung in Deutschland unterhalb der jeweiligen Schwelle (Abbildung 5). Bis zum Jahr 2015 steigt dieser Wert auf 16,4 Prozent und stagniert seither auf diesem Niveau. Amtliche Daten des Mikrozensus oder des Surveys European Union Statistics on Income and Living Conditions

(EU-SILC) des Statistischen Bundesamtes beschreiben einen vergleichbaren Trend.²³

Niedrigeinkommensquote in der autochthonen Bevölkerung seit zehn Jahren unverändert

Zwischen 2010 und 2017 hat die Zahl der ausländischen Bevölkerung in Deutschland um mehr als 50 Prozent zugenommen. Da diese Personengruppe häufig unterdurchschnittliche Einkommen aufweist, wird im Folgenden bei der Berechnung der Niedrigeinkommensquote nach Migrationshintergrund unterschieden. Unterteilt wird im Folgenden in zwei Gruppen: Personen mit direktem und Personen ohne Migrationshintergrund (autochthone Bevölkerung). Menschen mit indirektem Migrationshintergrund, die in Deutschland geboren sind und von denen mindestens ein Elternteil einen Migrationshintergrund hat, werden nachrichtlich beschrieben. Die verwendete Niedrigeinkommensschwelle wird dabei jeweils auf Basis der Einkommensverteilung der Gesamtbevölkerung bestimmt.

Für die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund zeigen sich wieder zwei Phasen (Abbildung 6). Im Zeitraum von 2000 bis 2009 hat die Niedrigeinkommensquote in dieser Gruppe von knapp unter zehn Prozent auf rund 13 Prozent

²⁰ Der Median ist der Einkommenswert, der die reichere Hälfte der Bevölkerung von der ärmeren trennt. Vgl. Definition des Begriffs „Medianeinkommen“ im DIW Glossar (online verfügbar).

²¹ Die Niedrigeinkommensquote ist nicht zu verwechseln mit der Niedriglohnquote. Bei Letzterer wird nur der individuelle Bruttostundenlohn gemessen. Eine Person, die einen niedrigen Lohn erhält, kann aber mit anderen einkommensstarken Personen in einem Haushalt zusammenleben und fällt dann nicht unter das Niedrigeinkommen.

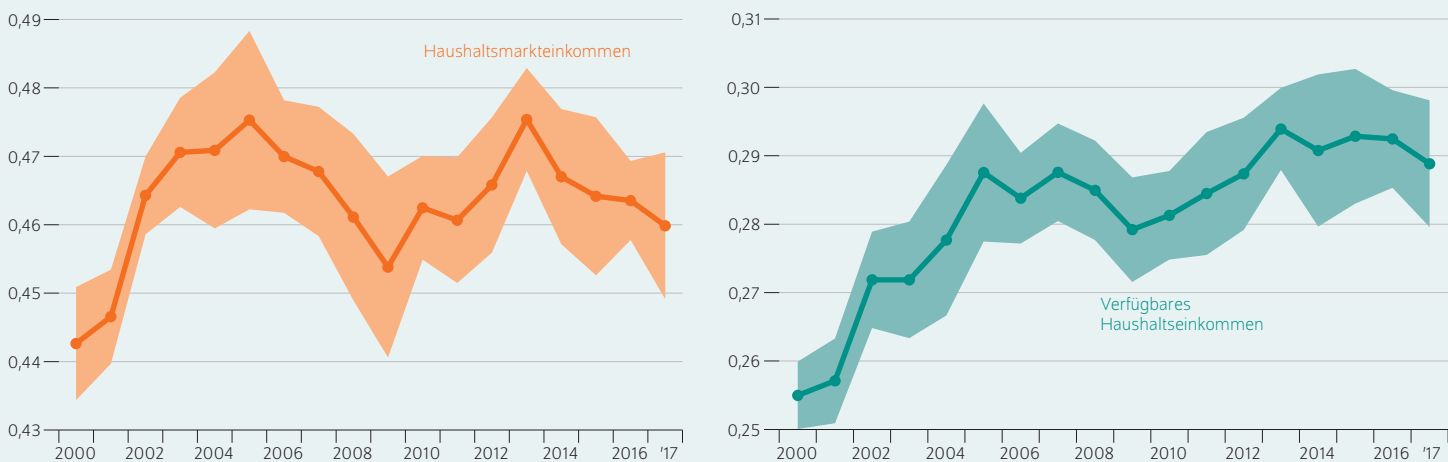
²² Im Vergleich zur Sozialberichterstattung des Statistischen Bundesamts auf Basis des Mikrozensus (siehe Website der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (online verfügbar)) wird hier ein höherer Schwellenwert ausgewiesen, da wie international üblich auch der Mietwert selbstgenutzten Wohneigentums zur Einkommensmessung bei der Einkommensberechnung berücksichtigt wird. Vgl. zu weiteren methodischen Unterschieden zur amtlichen Sozialberichterstattung Markus M. Grabka, Jan Goebel und Jürgen Schupp (2012): Höhepunkt der Einkommensungleichheit in Deutschland überschritten? Wochenbericht des DIW, Nr. 43, 3–15.

²³ Das SOEP stellt auch einen alternativen Indikator zur Messung der Niedrigeinkommensquote zur Verfügung. Hierbei handelt es sich um das im Befragungsmonat erhobene aktuelle Haushaltsnettoeinkommen. Dieses Einkommenskonzept ist mit dem des Mikrozensus nahezu identisch. Da unterjährig selten bezogene Einkommenskomponenten dabei eher unterschätzt und der Mietwert selbstgenutzten Wohneigentums nicht berücksichtigt wird, fällt die Niedrigeinkommensschwelle beim monatlichen Einkommen des SOEP und des Mikrozensus geringer aus als bei den Jahreseinkommen.

Abbildung 4

Ungleichheit der Haushaltsmarkt- und verfügbaren Haushaltseinkommen

Gini-Koeffizient: in einer Skala von 0 bis 1 (höchste Ungleichheit)



Anmerkungen: Nur Personen in Privathaushalten. Bedarfsgewichtete Jahreseinkommen im Folgejahr erhoben, Markteinkommen inklusive einem fiktiven Arbeitgeberanteil für Beamte, bedarfsgewichtet mit der modifizierten OECD-Äquivalenzskala. Schraffierter Bereich gibt ein 95-Prozent-Konfidenzintervall an.

Quelle: SOEPv35.

© DIW Berlin 2020

Seit 2002 hat sich die Ungleichheit der Haushaltsmarkteinkommen nur wenig verändert.

zugelegt. Seitdem stagniert die Niedrigeinkommensquote und liegt aktuell bei etwa zwölf Prozent. Während der Phase der starken Zuwanderung hat sich also die Ungleichheit in der autochthonen Bevölkerung nicht weiter verstärkt.

Anders verhält es sich bei den Personen mit einem direkten Migrationshintergrund. Die Quote liegt generell mit rund 25 Prozent deutlich höher. Bis zum Jahr 2011 stagniert die Niedrigeinkommensquote dieser Bevölkerungsgruppe. Im Zuge der Zuwanderung seit 2010 steigt sie auf knapp 30 Prozent im Jahr 2017. Es ist davon auszugehen, dass mit der zunehmenden Integration auf dem Arbeitsmarkt dann auch die Niedrigeinkommensquote dieser Gruppe wieder zurückgehen wird.

Die Niedrigeinkommensquote von Personen mit indirektem Migrationshintergrund liegt über den gesamten Zeitraum im Schnitt um etwa drei Prozentpunkte unter dem Niveau derjenigen mit direktem Migrationshintergrund.

Seit 2009 ist die Niedrigeinkommensquote bei einigen Altersgruppen rückläufig

Die beschriebene Zweiphasigkeit der Entwicklung der Niedrigeinkommensquote findet sich auch bei einer Unterteilung nach Migrationshintergrund und Alter (Abbildung 7).²⁴ In der autochthonen Bevölkerung hat über alle Altersgruppen hinweg die Niedrigeinkommensquote zwischen 2000 und 2009 zugenommen, bei Kindern unter zehn Jahren und jungen

Erwachsenen (18 bis 34 Jahre) am stärksten mit jeweils rund sechs Prozentpunkten. Hier dürfte unter anderem die verstärkte Aufnahme eines Hochschulstudiums und der Ausbau des Niedriglohnssektors²⁵ die Niedrigeinkommensquote erhöht haben.

Ab dem Jahr 2009 geht in fünf der neun ausgewiesenen Altersgruppen in der autochthonen Bevölkerung die entsprechende Quote zurück. Bei den Jugendlichen (10 bis 17 Jahre) fällt dieser Rückgang mit 3,5 Prozentpunkten am stärksten aus. Bei jüngeren Kindern beläuft er sich immerhin auf 2,4 Prozentpunkte. Hier dürfte sich die verbesserte Arbeitsmarktlage in Form höherer Löhne bei den jeweiligen Eltern positiv ausgewirkt haben. Bei den 45- bis 54-Jährigen geht die Niedrigeinkommensquote um 1,7 Prozentpunkte zurück. Und auch die 18- bis 24-Jährigen verzeichnen einen leichten Rückgang. Bei den Personen, die 55 Jahre und älter sind, stagniert hingegen die Niedrigeinkommensquote seit 2009, während sie bei der ältesten Gruppe der über 75-Jährigen sogar mit knapp drei Prozentpunkten rückläufig ist. Bei den übrigen Altersgruppen in der autochthonen Bevölkerung finden sich nur geringe Veränderungen gegenüber dem Jahr 2009. Insgesamt ist also kein Anstieg der Ungleichheit während der starken Zuwanderung ab 2010 zu beobachten. Im Gegenteil: Die Ungleichheit sinkt in der Mehrzahl der Altersgruppen.

Anders ist die Entwicklung bei den Personen mit direktem Migrationshintergrund. Zunächst ist die Quote in allen Altersgruppen höher als bei der autochthonen Bevölkerung.

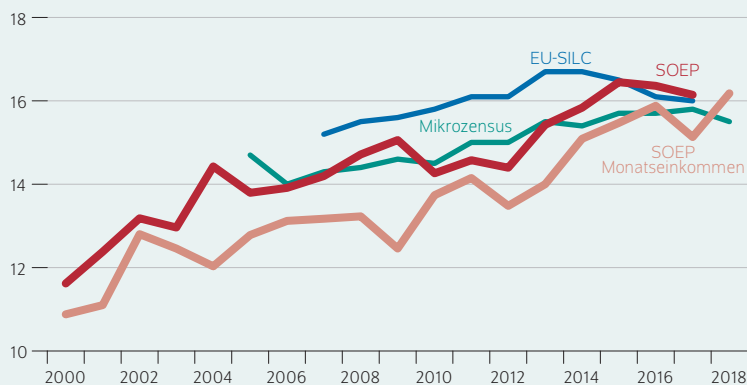
²⁴ Die Niedrigeinkommensquote von Personen mit indirektem Migrationshintergrund ist aus Gründen der besseren Darstellbarkeit der Ergebnisse nicht ausgewiesen.

²⁵ Vgl. Alexandra Fedorets et al. (2020), a. a. O.

Abbildung 5

Entwicklung der Niedrigeinkommensquote¹ in Deutschland seit dem Jahr 2000

Anteil in Prozent



1 Personen mit weniger als 60 Prozent des Medians der verfügbaren Einkommen.

Anmerkungen: Nur Personen in Privathaushalten. SOEP-Jahreseinkommen: bedarfsgewichtete Jahreseinkommen im Folgejahr erhoben. SOEP-Monatseinkommen: bedarfsgewichtete Haushaltseinkommen des vorangegangenen Monats. Bedarfsgewichtet mit der modifizierten OECD-Äquivalenzskala.

Quelle: Datenbasis: SOEPv35; eigene Berechnungen; Angaben des Mikrozensus und EU-SILC: Statistisches Bundesamt (2020): Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik.

© DIW Berlin 2020

Der Anteil der NiedrigeinkommensbezieherInnen hat sich seit 2015 bei 15 bis 16 Prozent stabilisiert.

Zudem fallen die Trends anders aus. Bei den Kindern ist zwischen 2000 und 2009 die Niedrigeinkommensquote zunächst deutlich gesunken, um dann im Zuge der neuen Migration ab 2010 stark anzusteigen. Bei Kindern mit direktem Migrationshintergrund beläuft sich die Quote im Jahr 2017 auf gut 50 Prozent. In den Altersgruppen von 18 bis 44 Jahren stagniert die Quote zunächst in der ersten Periode, um dann in der zweiten Phase deutlich anzusteigen. In der mittleren Altersgruppe der 45- bis 54-Jährigen ist zunächst ein leichter Anstieg von 2000 bis 2009 zu beobachten, um dann auf diesem Niveau zu verharren. Bei Personen mit direktem Migrationshintergrund, die älter als 65 Jahre sind, hat die Niedrigeinkommensquote in der ersten Phase deutlich zugenommen, um dann in der zweiten Phase wieder leicht abzusinken. Insgesamt ist seit dem Jahr 2000 über nahezu alle Altersgruppen bei den Personen mit direktem Migrationshintergrund die Niedrigeinkommensquote deutlich angestiegen, die 55- bis 64-Jährigen sind die einzige Altersgruppe, die im Vergleich zu 2000 eine leicht geringere Niedrigeinkommensquote aufweist. Vermutlich profitiert diese Altersgruppe besonders vom Beschäftigungsaufbau und vom angehobenen Renteneintrittsalter, das diese Personen länger in die Erwerbstätigkeit drängt.²⁶

Fazit: Arbeitsmarktintegration für Zugewanderte verstärken

Die deutsche Wirtschaft hat sowohl die Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2008/2009 als auch ab 2010 eine stark steigende Zuwanderung gut bewältigt. Auch dank der Zuwanderung ist die Zahl der Erwerbstätigen in diesem Zeitraum um mehr als fünf Millionen gewachsen. Der Beschäftigungsaufbau schlägt sich auch in den Nettoeinkommen der privaten Haushalte nieder, die seit dem Jahr 2000 im Schnitt um gut zwölf Prozent real gewachsen sind. Ab dem Jahr 2013 finden sich reale Einkommenssteigerungen über die Breite der Verteilung, ab 2015 auch im untersten Einkommensdezil. Die Ungleichheit der Einkommen stagniert seit mehr als zehn Jahren. Trotz steigender Einkommen ist sie aber nach wie vor nicht unter den Wert von 2005 gefallen – damals hatten Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit die Ungleichheit zwischen 2000 und 2005 deutlich steigen lassen.

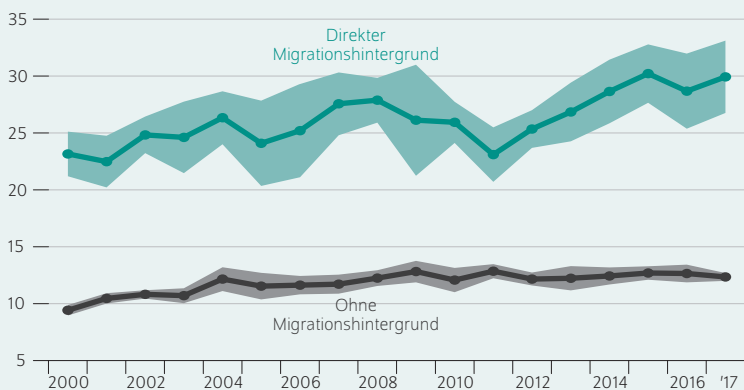
Auch die Niedrigeinkommensquote hat sich seit 2013 stabilisiert. Allerdings liegt sie bei Menschen mit Migrationshintergrund deutlich höher, auch der Trend unterscheidet sich. Während in der autochthonen Bevölkerung insgesamt die Niedrigeinkommensquote seit 2008 während der starken Zuwanderung faktisch unverändert und in verschiedenen Altersgruppen sogar rückläufig ist, hat die entsprechende Quote bei Personen mit direktem Migrationshintergrund auf zuletzt rund 30 Prozent deutlich zugelegt.

Insbesondere aufgrund von Sprachbarrieren und administrativen Hürden (Arbeitserlaubnis, Anerkennung von Zeugnissen) braucht es Zeit, bis die neuen Zuwanderinnen und

Abbildung 6

Niedrigeinkommensquote¹ nach Migrationshintergrund

Anteil in Prozent



1 Personen mit weniger als 60 Prozent des Medians der verfügbaren Einkommen.

Anmerkungen: Nur Personen in Privathaushalten. Bedarfsgewichtete Jahreseinkommen im Folgejahr erhoben, bedarfsgewichtet mit der modifizierten OECD-Äquivalenzskala. Schraffierter Bereich gibt ein 95-Prozent-Konfidenzintervall an.

Quelle: Datenbasis: SOEPv35; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2020

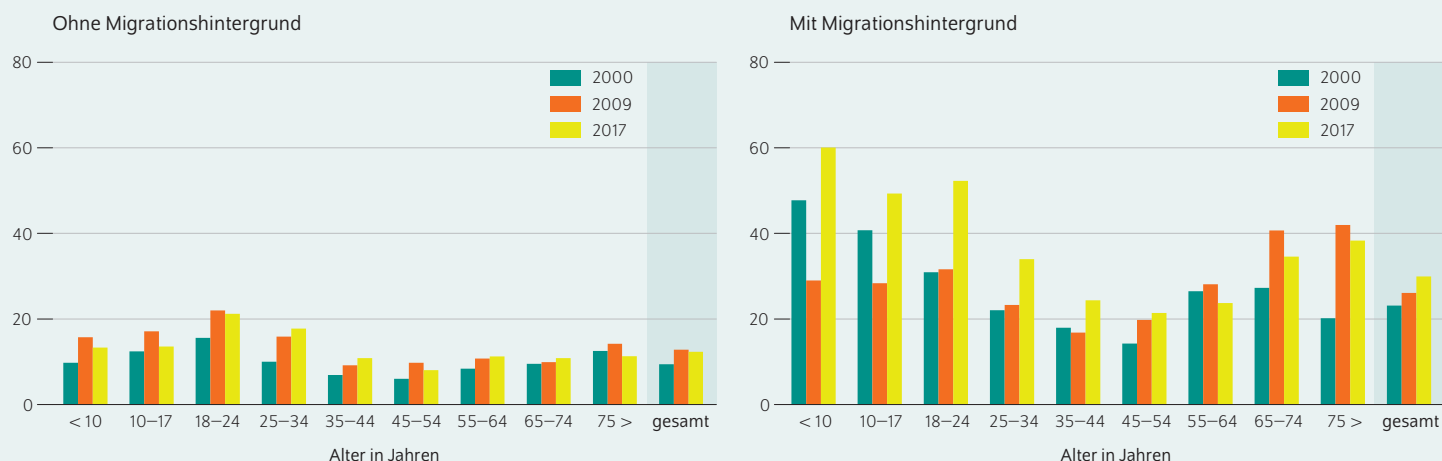
Der Anteil der NiedrigeinkommensbezieherInnen ist in der autochthonen Bevölkerung seit 2009 unverändert, steigt aber in der Bevölkerung mit direktem Migrationshintergrund.

²⁶ Auf eine Analyse der Niedrigeinkommensquote nach Altersgruppen für Personen mit indirektem Migrationshintergrund wurde hier verzichtet.

Abbildung 7

Niedrigeinkommensquote¹ nach Migrationshintergrund und Alter

Anteil in Prozent



1 Personen mit weniger als 60 Prozent des Medians der verfügbaren Einkommen.

Anmerkungen: Nur Personen in Privathaushalten. Bedarfsgewichtete Jahreseinkommen im Folgejahr erhoben, bedarfsgewichtet mit der modifizierten OECD-Äquivalenzskala.

Quelle: Datenbasis: SOEPv35; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2020

Der Anteil der NiedrigeinkommensbezieherInnen in der autochthonen Bevölkerung sinkt seit 2009 vor allem bei Kindern und jungen Erwachsenen. In der Bevölkerung mit Migrationshintergrund fällt sie dagegen nur bei den Älteren ab 55 Jahren.

Zuwanderer auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen. Inzwischen zeigen sich erste Erfolge bei der Integration der Geflüchteten in den Arbeitsmarkt²⁷, dennoch bedarf es angesichts der hohen Niedrigeinkommensquote bei Personen mit direktem Migrationshintergrund weiterhin Anstrengungen wie Qualifizierung und Sprachtraining, um deren Integration in den Arbeitsmarkt weiter voranzubringen. Dies kann und muss vor dem Hintergrund eines absehbar sinkenden Erwerbspersonenpotentials²⁸ auch gelingen.

27 Herbert Brückner, Yuliya Kosyakova und Eric Schuß (2020): Fünf Jahre seit der Fluchtmigration 2015. Integration in Arbeitsmarkt und Bildungssystem macht weitere Fortschritte. IAB-Kurzbericht 4/2020.

28 Der Direktor des IAB, Bernd Fitzenberger, in einem Interview mit der Welt, vgl. Christine Haas: „Nicht einfach zu erreichen, dass jährlich 400 000 Zuwanderer kommen“, Welt vom 3. November 2019 (online verfügbar).

Die Befunde haben auch gezeigt, dass die Finanzmarktkrise 2008/2009 keine langfristig negativen Effekte auf die Beschäftigung und den privaten Konsum hatte. Wirtschaftspolitische Unterstützungsleistungen und Kurzarbeitergeld haben das Schlimmste abfedern können und werden auch in der jetzigen Krise eingesetzt. Sollten die mit der aktuellen Corona-Krise notwendigen Einschränkungen sich nicht zu lange hinziehen, könnten sich mithilfe dieser Maßnahmen die negativen Folgen auf die Einkommensverteilung der Privathaushalte in Grenzen halten.

Markus M. Grabka ist Mitglied des Direktoriums der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel am DIW Berlin | mgrabka@diw.de

Jan Goebel ist Mitglied des Direktoriums der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel am DIW Berlin | jgoebel@diw.de

JEL: D31, I31, I32

Keywords: Income inequality, poverty, SOEP

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 17+18/2020:

www.diw.de/diw_weekly



INTERVIEW



„Die Realeinkommen steigen in der Breite“

Dr. Markus M. Grabka ist Mitglied des Direktoriums der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel am DIW Berlin

1. **Herr Grabka, wie hat sich die Zahl der Erwerbstätigen in den letzten Jahren entwickelt?** In den frühen 2000er Jahren hat sich die Zahl der Erwerbstätigen aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit bis ungefähr zum Jahr 2005 eher schwach entwickelt. Seitdem und vor allem nach der Finanzmarktkrise gab es einen starken Zuwachs der Beschäftigung in Deutschland. Das ist im Vergleich zum Jahr 2000 eine Zunahme der Erwerbstätigen von mehr als 13 Prozent.
2. **Wie ist die Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen zu erklären?** Die verschiedenen Arbeitsmarktreformen, die in Deutschland eingeführt wurden, haben maßgeblich zum Beschäftigungsaufbau beigetragen. Zum anderen wirkt sich die Erhöhung des Renteneintrittsalters wie auch die deutliche Zunahme der Erwerbstätigkeit von Frauen positiv auf die Beschäftigung aus. Das gilt auch für die Zuwanderung, weil gerade junge Migranten aus dem europäischen Ausland eine hohe Qualifikation aufweisen und direkt in den Arbeitsmarkt einwandern.
3. **Wie wirkt sich die Zunahme der Erwerbstätigen auf das Einkommen der privaten Haushalte aus?** Die obersten zehn Prozent der einkommensstärksten Haushalte in Deutschland haben in den letzten 18 Jahren die stärksten Zuwächse erfahren. Bis zum Jahr 2017 sind das real etwa 22 Prozent. In der Mitte der Verteilung liegen die realen Einkommenszuwächse noch zwischen sieben und zwölf Prozent und selbst am unteren Rand, im zweiten Einkommensdezil, hat diese Einkommensgruppe immer noch das gleiche Niveau wie im Ausgangsjahr. Erfreulicherweise zeigt sich selbst im untersten Einkommensdezil nach einer langen Durststrecke in den letzten drei Jahren eine aufsteigende Tendenz beim realen Haushaltsnettoeinkommen.
4. **Was bedeutet das für die Entwicklung der Einkommensungleichheit?** Da muss man zwei Phasen unterscheiden. Bis zum Höhepunkt der Arbeitslosigkeit im Jahr 2005 ist die Ungleichheit der Haushaltsnettoeinkommen stark gestiegen. Aber seit dem Jahr 2005 steigt die Einkommensungleichheit

in Deutschland nur leicht, sodass das heutige Niveau im Grunde dem des Jahres 2005 gleicht.

5. **Wie hat sich die Niedrigeinkommensquote entwickelt?** Hier muss man zwischen der in Deutschland und der im Ausland geborenen Bevölkerung unterscheiden. Gerade für die in den letzten Jahren Zugewanderten ist die Niedrigeinkommensquote teilweise auf Werte von knapp 30 Prozent deutlich angestiegen, während wir in der in Deutschland geborenen Population seit über zwölf Jahren eine Stabilisierung beobachten. Zusätzlich nach Altersgruppen differenziert erhalten wir den sehr überraschenden und erfreulichen Befund, dass sich die guten Entwicklungen im Arbeitsmarkt bei fünf von neun Altersgruppen seit 2010 in rückläufigen Niedrigeinkommensquoten zeigen.
6. **Lässt sich abschätzen, wie sich die aktuelle Corona-Krise auf die Zahl der Erwerbstätigen und auf die Einkommensungleichheit auswirken wird?** Mit den zur Verfügung stehenden Daten ist das derzeit noch nicht möglich, aber man kann aus der Vergangenheit Lehren ziehen. Es gab in Deutschland in den letzten 15 Jahren mit dem höchsten Stand der Arbeitslosigkeit 2005, der Finanzkrise 2008 und der Zuwanderung von mehreren Millionen Menschen ab 2010 drei große Herausforderungen. Der Sachverständigenrat geht zumindest derzeit auch von einem Rückgang des BIP für das Jahr 2020 aus, der in etwa in der Größenordnung der Finanzmarktkrise des Jahres 2008 liegen dürfte. Damals zeigte die Krise kaum dauerhafte Effekte, weil die Bundesregierung die negativen Auswirkungen eindämmen konnte. Ich bin optimistisch, dass die aktuell beschlossenen Maßnahmen wie Kurzarbeitergeld auch hier wieder die schlimmsten Auswüchse der Krise deutlich abfedern können.

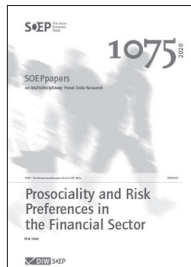
Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview

SOEP Papers Nr. 1075

2020 | Max Deter



Prosociality and Risk Preferences in the Financial Sector

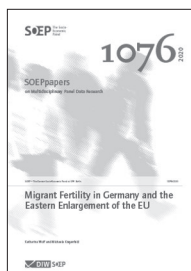
Using large-scale data from the German Socio-Economic Panel (SOEP), this paper finds that financial professionals have a lower prosociality and riskier behavior than a control group. I interpret these findings using the person-organization fit theory, and thus, the compatibility between the employee's personality and the prevailing culture in their organization. The financial sector attracts riskier individuals, but professionals become less prosocial in the sector. These attitudes are associated with behavioral consequences, and are mainly driven by male professionals in lower management.

www.diw.de/publikationen/soeppapers



SOEP Papers Nr. 1076

2020 | Katharina Wolf, Michaela Kreyenfeld



Migrant Fertility in Germany and the Eastern Enlargement of the EU

This paper uses data from the Migrant Samples of the German Socio-Economic Panel to study the fertility behaviour of women who migrated to Germany between 1990 and 2015. Special emphasis is placed on the large groups of migrants who have moved to Germany from Central and Eastern European (CEE) countries since the 1990s. We find that CEE migrants had higher first birth, but much lower second birth rates than migrants from other European countries. Different from the pattern of African and Middle Eastern migrants, we do not find a spike in first birth rates after migration. We also examined differences within the group of migrants from CEE-countries. In particular, we examined whether Ethnic

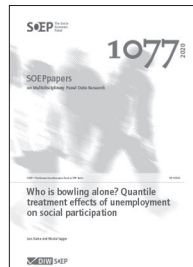
German migrants differed from migrants who moved as third country national or those who moved after their country became EU-members with the right to free movement of labor. We find that CEE-migrants who moved when their country was a member state of the European Union display strongly reduced first birth rates.

www.diw.de/publikationen/soeppapers



SOEP Papers Nr. 1077

2020 | Lars Kunze, Nicolai Suppa



Who Is Bowling Alone? Quantile Treatment Effects of Unemployment on Social Participation

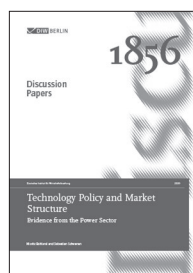
This article examines heterogeneity in the effect of unemployment on social participation. Whereas existing studies on this relationship essentially estimate mean effects, we use quantile regression methods to provide a broader and more complete picture. To account for the potential endogeneity of job loss, we estimate quantile treatment effects (on the treated) based on entropy balancing and focus on unemployment due to plant closures. Using German panel data, we show that the effect of unemployment varies across the distribution of public social activities. It is large and negative for individuals in the middle and lower part of the distribution of public activities, whereas those participating a lot are not affected. By contrast, the effect of unemployment on private social participation is virtually zero for individuals at the lower part of the outcome distribution and weakly positive in the middle. Our findings suggest that active labor market policies should account for target-group specific elements, tailored to those individuals which are most adversely affected by unemployment.

www.diw.de/publikationen/soeppapers



Discussion Papers Nr. 1856

2020 | Moritz Bohland, Sebastian Schwenen



Technology Policy and Market Structure: Evidence from the Power Sector

We show how policies to trigger clean technologies change price competition and market structure. We present evidence from electricity markets, where regulators have implemented different policies to subsidize clean energy. Building on a multi-unit auction model, we show that currently applied subsidy designs either foster or attenuate competition. Fixed, price-independent output subsidies decrease firms' mark-ups. In contrast, designs that subsidize clean output via a regulatory premium on the market price lead to higher mark-ups. We confirm this finding empirically using auction data from the Spanish power market. Our empirical results show that the design choice for technology subsidies significantly impacts pricing behavior of firms and policy costs for consumers.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 1857

2020 | Axel Börsch-Supan, Johannes Rausch, Hermann Buslei, Johannes Geyer



Entwicklung der Demographie, der Erwerbstätigkeit sowie des Leistungsniveaus und der Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung

Dieses Papier stellt Modellrechnungen zur Entwicklung der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) vor. Es beruht vorwiegend auf dem MEA-PENSIM Modell des Munich Center of the Economics of Aging (MEA) und ergänzend auf dem PENPRO-Modell des DIW. Das Modell projiziert aus Annahmen und Setzungen in mehreren Schritten die Entwicklung der Demographie und Beschäftigung sowie der wichtigsten Kenngrößen der GRV. Annahmen zur künftigen Entwicklung von Geburtenrate, Lebenserwartung und Einwanderung richten sich nach den mittleren Annahmen der 14. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes. Für die Beschäftigungsvorausberechnung folgen wir für die Jahre von 2019

bis 2028 den Annahmen des Rentenversicherungsberichts 2019. Danach nehmen wir an, dass sich die Erwerbsquoten der Männer in Zukunft nicht verändern, die Erwerbsquoten für Frauen jedoch kohortentypisch im Zeitverlauf ansteigen werden. Gegenüber früheren Projektionen und alternativen aktuellen Vorausberechnungen (z.B. Bundesbank 2019) ist das Basisszenario relativ optimistisch. Das Papier stellt jedoch auch die Ergebnisse einer weiten Bandbreite alternativer Annahmen vor. Laut Basisszenario wird der Beitragssatz zur GRV im Jahr 2033 die Grenze von 22% überschreiten. Das Sicherungsniveau wird im Jahr 2039 das Niveau von 43% unterschreiten. Da der Durchschnittslohn im Mittel jedoch stärker ansteigen wird als die demographische Belastung, wird die Kaufkraft der gesetzlichen Rente nicht fallen, sondern auch in Zukunft weiter steigen. Der Anstieg des aktuellen Rentenwertes fällt in den Jahren zwischen 2025 und 2035 zwar deutlich niedriger aus als der Anstieg der Bruttolöhne, die Renten werden jedoch in ihrer Kaufkraft selbst in dieser Zeit weiter ansteigen. Dies gilt auch für fast alle weniger optimistischen Szenarien. Der demographische Wandel führt also nicht zu einem Absinken von Rentenleistungen, sondern nur zu einem langsameren Anstieg. Die Mehrbelastung der GRV durch den demographischen Wandel muss nicht aus der Substanz, sondern kann aus dem Wachstum finanziert werden.

This paper presents model calculations for the development of the German statutory pension insurance (GRV). It is mainly based on the MEA-PENSIM model of the Munich Center of the Economics of Aging (MEA) supplemented by the PENPRO model of the DIW. The models project the development of demography and employment as well as the most important parameters of the GRV from assumptions and settings in several steps. The future development of birth rate, life expectancy and immigration are based on the mean assumptions of the 14th coordinated population projection of the Federal Statistical Office. For the employment forecast, we follow the assumptions of the 2019 pension insurance report for the years from 2019 to 2028. We then assume that the employment rates of men will not change in the future, but that employment rates for women will increase over time, as has been typical for recent cohorts. The base scenario is relatively optimistic compared to earlier projections and alternative current forecasts (e.g. Bundesbank 2019). However, the paper also presents the results of a wide range of alternative assumptions. According to the baseline scenario, the contribution rate to the GRV will exceed the 22% limit in 2033. The statutory replacement rate will fall below 43% in 2039. However, since wages tend to rise more strongly than the demographic burden, the purchasing power of a public pension will not decrease. Rather, it will continue to increase also in the future. This also applies to less optimistic scenarios. Demographic change will not lead to a decrease in pension benefits but only to a slower increase.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere





MATHIAS HUEBENER

Corona-Krise: Bildung und Familie jetzt ins Zentrum politischen Handelns!

Mathias Huebener ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Bildung und Familie am DIW Berlin. Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.

Am Anfang des Lockdowns hatte der Schutz der Gesundheit oberste Priorität. Kita- und Schulschließungen, Homeschooling und gleichzeitig Homeoffice: Viele Familien haben diese Maßnahmen bereitwillig akzeptiert. Auch die Politik hat schnelle und ökonomisch sinnvolle Hilfe bereitgestellt. So wurde beispielsweise der Anspruch auf den Kinderzuschlag ausgeweitet und coronabedingte Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit nicht zur Berechnung des Elterngeldes herangezogen.

Nun löst sich der Lockdown allmählich auf. Unter Einhaltung von Hygienevorschriften soll etwas Normalität zurückgewonnen werden. Wie in dieser Phase mit Kitas und Schulen umgegangen wird, darüber herrscht große Uneinigkeit und Unsicherheit. Kinder halten sich natürlich nicht an Hygienekonzepte und Abstandsregeln. Schon gar nicht die ganz Kleinen. Dennoch ist es wichtig, dass vom Betreuungsanspruch, der nach und nach ausgeweitet wird, nicht nur einzelne Gruppen, etwa abhängig vom Beruf der Eltern, profitieren. Kitas sind schließlich auch ein wichtiger Ort der frühkindlichen Bildung. Deshalb sollte *allen* Kindern unabhängig vom Beruf der Eltern der Kita-Besuch schnell wieder ermöglicht werden, etwa mit reduzierten Stunden und nur an bestimmten Tagen.

Auch mit Blick auf die Schulen ist kein Normalbetrieb in Sicht. Es sollte davon ausgegangen werden, dass der Unterricht bis auf Weiteres für die meisten SchülerInnen hauptsächlich außerhalb der vertrauten Schule fortgesetzt werden muss. Ohne festen Rahmen und regelmäßige Interaktionen drohen insbesondere sozial benachteiligte und leistungsschwächere SchülerInnen den Anschluss zu verlieren. Statt abzuwarten, wie sich erste Öffnungen bewähren, sollte nun massiv investiert werden, um allen das Lernen zu ermöglichen. Diskussionen um einen verpflichtenden Mundschutz in Schulen verkennen das Ausmaß des Problems. Die Politik sollte Schulen und LehrerInnen sofort mit Expertise für Online-Lernplattformen ausstatten und Weiterbildungen für Online-Unterricht anbieten. Auch sollte allen SchülerInnen in Kleingruppen an einzelnen Tagen der Besuch der Schule ermöglicht werden. Das kann die Motivation stärken und den Austausch bewahren. Und so kön-

nen LehrerInnen auch Sorgen der SchülerInnen erkennen und aufgreifen. Da die eigenen vier Wände nicht immer geeignete Lernumgebungen oder die technischen Voraussetzungen für das Lernen aus der Ferne bieten, sollten neue Lernorte und personelle Unterstützung geschaffen werden. So könnten Volkshochschulen oder Internetcafés für den digitalen Präsenzunterricht in festen Kleingruppen genutzt werden. Lehramtsanwärter könnten vor Ort die technischen Voraussetzungen sicherstellen und SchülerInnen unterstützen. So käme zumindest wieder ein Gefühl von Schule auf.

Da eine Rückkehr zur Kita- und Schulnormalität vorerst nicht in Sicht ist, muss auch Eltern eine Perspektive geboten werden. Im Homeoffice arbeiten, Kinder betreuen und frühkindlich oder schulisch fördern und regelmäßig vernünftige Mahlzeiten anbieten – das ist auf Dauer ohne Unterstützung nicht zu leisten. Wer meint, Familien würden ohne weitere Unterstützung auch die nächste Zeit schon meistern, verkennet die Belastung, legt ein veraltetes Familienbild zu Grunde oder setzt die Fortschritte in der partnerschaftlichen Aufteilung der Hausarbeit und des Anstiegs der mütterlichen Erwerbstätigkeit aufs Spiel. Denn schon die Erfahrungen des Lockdowns lehren, dass die zusätzliche Haus- und Betreuungsarbeit hauptsächlich von Frauen übernommen wird. Eine Corona-Elternzeit kann Klarheit und Freiräume schaffen, ein Corona-Elterngeld Familien finanziell absichern und Anreize für eine partnerschaftlichere Aufteilung der Betreuungsarbeit geben.

Kinder und Eltern sind kein Nebenschauplatz beim Sichern der wirtschaftlichen Zukunft, um die es jetzt immer mehr geht. In dieser neuen Phase der Krise sollten Eltern und Kinder stärker in das Zentrum des politischen Handelns rücken und ihre Bedarfe anerkannt werden, etwa indem die entsprechenden Ministerien im Corona-Kabinett mitreden dürfen. Die Phase nach dem Lockdown läuft auf unbestimmte Zeit – das sollte mit Blick auf Kitas, Schulen und Familien kein Grund zum Abwarten sein, sondern zum entschlossenen Erarbeiten von Lösungen.